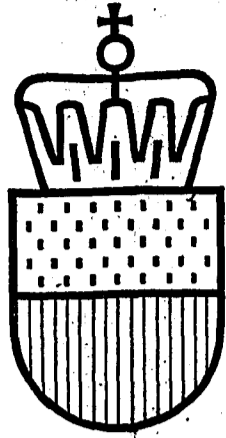


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 6.—, Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbachstrasse 99, Telefon 075 219 37/2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise. Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland 12 Rp. 30 Rp.  
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 219 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ — Vaduz, Donnerstag, 5. August 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

99. Jahrgang — Nr. 115

## Gerhard Schröder zur Frage nach Europas Zukunft

Der Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland nahm Stellung zu aktuellen europäischen Problemen

DK BONN. - Nach der Entwicklung seit der «Nacht vom Juni zum Juli», in der die Gegensätze innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft so scharf hervorgetreten sind, befragt, antwortete Bundesminister Dr. Gerhard Schröder vor Millionen Fernsehern: «Die Europäische Kommission hat eine Ueberarbeitung ihrer Vorschläge vorgenommen und gewisse Ergänzungen im Lichte der Diskussion, die stattgefunden hat. Es geht nach wie vor um dieselbe Aufgabe, nämlich um die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik und gleichgewichtige Fortentwicklung des gemeinsamen Marktes, das heisst in den Gebieten der Zollunion, den Gebieten der Steuerharmonisierung, den Gebieten einer gemeinsamen Aussenhandelspolitik, im übrigen auch um die Frage eigener Mittel der Gemeinschaft und um die Haushaltsrechte des europäischen Parlaments. Beschlüsse können unter diesen besonderen Umständen nicht gefasst werden, aber die künftigen Beschlüsse werden vorbereitet. Wir haben die Hoffnung, dass nach gründlicher Beratung, dass nach Kontaktnahme der einzelnen Regierungen miteinander nach der Sommerpause im Herbst endgültige Entscheidungen werden fallen können».

Auf die Frage eines Redaktionsmitglieds der Deutschen Welle, ob der Gemeinsame Markt trotz der vorläufigen Abwesenheit der französischen Vertreter arbeits- und handlungsfähig sei und bleibe, antwortete der Bundesminister, sicher sei in Brüssel eine schwierige Lage entstanden. Nach der Sitzung des Ministerrates könne man sich aber darüber klar und insoweit beruhigt sein, als die Arbeiten des Gemeinsamen Marktes weitergehen werden. «Der

Wille der Fünf, alles zu tun, was nur möglich ist, um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht nur zu erhalten, sondern weiter zu entwickeln, ist ganz klar und ganz ausgesprochen. Das gilt auf der einen Seite. Und gleichzeitig ist insbesondere auch von uns der Wille zum Ausdruck gebracht worden, alles in einer Weise zu tun, die es dem sechsten Partner ermöglicht, nach Brüssel zurückzukehren, wann immer dafür die Umstände geeignet sein mögen. Es ist hier mit grossem Nachdruck und, wie ich glaube, auch mit absolutem Recht hervorgehoben worden, dass die am Ministerrat beteiligten Regierungen nicht nur sozusagen sich selbst vertreten, sondern dass sie Mitglieder eines Gemeinschaftsorgans sind. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist ein Lebewesen, ein Lebewesen, das in mancher Beziehung eben doch unabhängig von diesen, von den anderen Staaten ist, richtig verstanden, und sich in irgendeiner Weise so darstellt, wie eine gemeinsame Gründung dieser anderen Staaten, die eben eine eigene Aktionsfähigkeit und ein eigenes Leben entfalten, und die gleichzeitig die beteiligten Regierungen nötigt, sich in diesem Sinne, nämlich als hier verpflichtet, im Ministerrat zu verhalten. Das ist zunächst einmal die Grundvoraussetzung, auf der die weiteren Arbeiten basieren werden. Und alles, was nicht unbedingt auf die Beteiligung von sechs angewiesen ist, wird weitergehen und wird weitergehen können».

Zu dem Memorandum der Kommission habe er für Deutschland zum Ausdruck gebracht, dass er dieses Memorandum als eine gute Arbeitsgrundlage ansehe. Die deutsche Delegation habe dazu einige klarstellende Fragen angebracht und sich eine intensivere Stellungnahme nach einem gründlichen Studium vorbehalten. In ähnlicher Weise hatten sich die anderen Delegationen verhalten. Sie haben zum Teil Anmerkungen gemacht, zum Teil weitere Fragen gestellt, die das Bild erhellen sollen. «Die nächste Entwicklung wird die sein, dass, wie üblich, sich der ständige Rat, die ständigen Vertreter mit diesem Memorandum beschäftigen werden. Der Ministerrat selbst wird, so wie es jetzt vorgesehen ist und so wie der Präsident einladen wird, am 7. Oktober zu-

sammenkommen und dann wird man die Ergebnisse der Unterhaltungen, die inzwischen stattfinden, verwerten können. Also resümierend, die Arbeit wird weitergehen und sie wird weitergehen in einem Sinne, der der Sinn der Gemeinschaft ist und sie wird weitergehen in einem Sinn, die es dem sechsten Partner eher leicht machen soll, an den Arbeiten wieder teilzunehmen». Im Herbst, so warf der Befragte ein, werde man dann wohl die Kontakte mit Frankreich aufnehmen oder werde das schon in der Zwischenzeit geschehen. Der Bundesminister sagte dazu: «Wenn man sich die Beziehungen der beteiligten Staaten miteinander lebendig vorstellt, gibt es natürlich doch eine ständige Berührung bei dieser oder bei jener Gelegenheit. Es ist ja nicht so, als ob sich das alles in strengen, protokollarischen Formen abspielte. Alle politischen Aeusserungen auf dieser und jener Seite sind unter diesem Gesichtspunkt zu werten. Und ich glaube, dass es hier sowohl eine politische wie eine diplomatische Arbeit gibt».

Auf die Frage, ob die Verhandlungen mit anderen Ländern weitergehen, die sich um Assoziierung oder um Sonderverträge bemüht, erwiderte Dr. Schröder: «Diese Arbeiten werden sicher weitergehen. Die Vorbereitungen dazu laufen. Ich möchte jetzt keine endgültige Aussage darüber machen, ob alle diese Arbeiten wirklich ganz und gar zu Ende gebracht werden können ohne Beteiligung von allen sechs, aber mindestens die vorbereitenden Arbeiten werden geleistet werden. In diesem Zusammenhang ist vielleicht von Interesse, dass in Brüssel an dem Assoziationsrat für die Türkei auch der Vertreter Frankreichs teilgenommen hat. Daraus möchte ich den Schluss ziehen, dass Frankreich unsere Auffassung teilt, dass gerade die Entwicklung des Verhältnisses der Gemeinschaft zu den Drittländern von besonderer Bedeutung ist».

Zu den neuen Abrüstungsverhandlungen in Genf äusserte sich der Bundesausserminister zurückhaltend. «Man kann immer nur die eigenen Absichten hervorheben», sagte er, «und bekräftigen und was uns angeht, so ist ganz klar, dass wir uns seit all den Jahren, in denen wir wieder eine eigene politische Stimme

## Eine Geschichtslüge

In einer früheren Ausgabe schon hat der «Liechtensteiner» seinen Lesern einen solchen Unsinn aufgetischt, dass man glauben musste, sich eine Entgegnung ersparen zu können. In der Nummer vom 30. Juli rückte er unter der Überschrift «Nichts Neues unter der Sonne» mit derselben Geschichtslüge auf. Nach ihr hätte die Fortschrittliche Bürgerpartei in einer Delegiertenversammlung im Jahre 1945 Seine Durchlaucht den Landesfürsten in schärfster Form angegriffen. Der Schreiber versteigt sich sogar zur infamen Lüge: «Ja sogar die Alternativforderung wurde gestellt: Entweder-Oder, und nur eine harte Opposition hätte die ruchlosen, den Bestand unserer Staatsform gefährdenden Pläne zunichte gemacht. Eine solche Lüge in Grossformat ist eine Schurkerei. In der vom «Liechtensteiner» zitierten Delegiertenversammlung wurde weder Seine Durchlaucht der Landesfürst in irgendeiner Weise angegriffen noch die Staatsform irgendwie tangiert.

Im übrigen hat die Fortschrittliche Bürgerpartei in all den Stürmen und Stürmen seit 1918 den Beweis ihrer Treue zu Fürst, Fürstenhaus und Monarchie getreu dem Leitsatz ihrer Grönder «Für Gott, Fürst und Vaterland!» reichlich erbracht.

haben, für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung ausgesprochen haben, die natürlich einen weltweiten Bezug haben muss, um wirksam zu sein. Das bleibt auch die Grundlinie der deutschen Politik und das kommt auch darin zum Ausdruck, dass wir einen besonderen Beauftragten der Bundesregierung für diese Fragen nun im Einvernehmen mit dem Bundestag ernannt haben. Nun, das wird unsere Linie sein. Aber von da an setzen dann die Schwierigkeiten ein, die konkreten Probleme. Bei den konkreten Problemen haben wir im besonderen im Hinblick auf die deutsche Situation immer uns bemüht klarzumachen, dass keine Diskriminierungen Deutschlands erfolgen dürfen, sondern dass alle Dinge, die getan werden, einen Charakter haben müssen, der auch die anderen betrifft und nicht etwa Deutschland diskriminiert».

## Der Amtsschimmel reitet

Um die Naturschutzkommission

Wer in den letzten Jahren und Monaten ein Haus erbaut hat oder beabsichtigt, wird bestimmt schon erfahren haben, dass unsere Baupläne nun neuerdings von einer Naturschutzkommission begutachtet und gutgeheissen werden müssen. Es werden den Bauherren alle möglichen und unmöglichen Vorschriften gemacht, und wenn es oft auch nur um Zentimeter geht. Sichtmauerwerk wird vorgeschrieben, die Grösse des Vordaches genau umschrieben, Umgebungsarbeiten, ob die Verschattung senkrecht oder waagrecht zu liegen haben usw. . . Manchem Bauherrn erscheint dies eine Erfindung zur Schikane und zur Behinderung zu sein. Es ist dies einfach ein Eingriff in die persönlichen Rechte des Einzelnen.

Schliesslich baut jeder nach seinem Sinn und für sich selbst ein Häuschen, nach seinem Geschmack und manchmal auch nach seinem Geldbeutel. Die Häuser werden ja nicht für die Kommissionsmitglieder erbaut. Dann ist auch zu erwähnen, dass diese Kommission sehr unbeweglich und ein Bremsklotz unserer Bauwirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes ist. Sie tagt nur alle paar Monate einmal, die Baugesuche liegen dann wochenlang herum und können nicht speditiv befördert werden, was schon manchen Aerger unter der Bevölkerung hervorgerufen hat. Wenn man dann andererseits wieder oft sonderbare Bauten und neuerrichtete Alpenhotels mit Flachdach sieht, muss man sich schon fragen welcher Masstab hier eigentlich angelegt wird. Wird hier nur geschaut, wer der Bauherr und der Architekt ist? Solche Schikanose und viel Aerger und Unwillen unter der Bevölkerung verursachende Einrichtungen gehören einfach abgeschafft. Wenn wir nämlich diese Kommission noch jahrelang arbeiten und die Leute behindern lassen, so können wir mit den Jahren auch eine Vereinheitlichung des Baustils beobachten, indem nämlich allen Bauten derselbe Geschmack und Stil aufgedrückt und aufdoktriert wird. Bürger sieh dich um, der Amtsschimmel reitet! (Korr.)

## Eine Stimme aus Indien

von Rainer Nägele - II. Teil

Die Folge: wir sind physisch eine geschwächte Nation, Tod und Krankheit suchen unser Land heim. Unsere Wirtschaftsminister erklären indessen laut, dass es hier keinen Tod infolge Hungers gibt.

Was Krankheiten betrifft, gibt es erschreckende Statistiken: Wir haben 5 Millionen, die an offener Tuberkulose leiden, zwei Millionen leprakranke, während etwa 10% der Bevölkerung geschlechtskrank sind. Unsere Planer beklagen sich, dass nur ein Zehntel des Landes in den Genuss von reinem Wasser kommt und nur 3% den Vorteil eines Abwassersystems kennen, was doch zu den grundlegendsten Erfordernissen einer allgemeinen Hygiene gehört.

Was tut ein Inder für seinen Lebensunterhalt, und wie lebt er? 82% unseres Volkes leben in ländlichen Gegenden, der Rest in Städten. Unsere schwankende Wirtschaft beruht zum grossen Teil noch auf dem Ackerbau. Die Landwirtschaft nimmt fast 3/4 der gesamten Arbeitskräfte in Anspruch. Der arme Bauer, dem es an Ansporn fehlt und der sich hartnäckig weigert, sich von seinen altmodischen Pflügen zu trennen, produziert oft gerade soviel Nahrungsmittel, dass es für ihn selbst und seinen Hausstand von etwa 5 Personen reicht. Im Gegensatz dazu haben die Intellektuellen in den Städten durchschnittlich nur eine Familie von vier Personen. Der Bauer schiebt die Schuld für seine mageren Felder auf das trockene Land.

Ein Experte aus Amerika fasste das Problem

so zusammen: «Die Frauen sind so fruchtbar hier, und das Land ist so unfruchtbar! Ungefähr 25% aller Bauern haben kein Land, das sie ihr eigenes nennen, und sie verdienen einen erbärmlichen Tageslohn von einer Rupie (1 Rupie = ca. 60-70 Rappen). Tatkräftige Leute des Panchayat (Panchayat = indische Provinzialbehörde) weisen die Landarbeiter immer wieder darauf hin, dass ihr Land an erster Stelle in der Weltproduktion von Erdnüssen und Tee steht, und das zweitgrösste Produktionsland von Reis, Jute (Bastfasern des indischen Flachses zur Herstellung von Geweben), Rhizinus-Samen und Sesam ist.

Wie ist das Leben in den Dörfern, wo, wie Mahatma Gandhi sagte, «das wirkliche Indien lebt»? Geradezu entsetzlich im Vergleich zu städtischen Verhältnissen. Auf hundert Dörfer haben nur zwei einen Arzt. Nur 1/5 der Dörfer hat eine Tages- oder Wochenzeitung. (Nur 7 von 1000 Indern lesen eine Tageszeitung, gegenüber 350 auf Tausend in England). Ein Dorfkind muss ohne Schuhe oft 1 1/2 Meilen zur Schule zurücklegen. Zur nächsten Poststelle ist es oft ein Weg von 4 Meilen. Aber die Polizei hilft doch? Gewiss, - es ist ja nur eine Autofahrt von 8 Meilen bis zur nächsten Polizeistation!

Natürlich sind die Verhältnisse in den grossen Städten wie Delhi, Bombay, Calcutta und Madras etwas besser. Aber dort sind oft 3 Familien in einem einzigen Raum zusammengepfercht. Die Leute essen zwei «Batata Wa-

das» (kartoffelähnliche Knollenpflanze) und eine Tasse Tee als Mittagmahl, und am Wochenende stürmen sie das Theater, während auf dem Dorf die religiöse Feier das grösste gesellschaftliche Ereignis bildet. Das Durchschnittseinkommen der Nation beträgt pro Kopf rund 305 Rupien, und der ländliche Haushalt wird auf ca. 437 Rupien geschätzt. Der Bauer verbraucht natürlich viel mehr als sein Bruder in der Stadt, wenn er den Verlust früherer Ersparnisse sowie den Verlust bei Darlehen und Warenumsatz ausgleichen muss.

Ungefähr 70% des Einkommens geht weg für Nahrungsmittel und ziemlich genau 25 Rupien für Kleider und 10% für indirekte Steuern, von denen ein Mitglied des Parlamentes ausrief, dass es die niedrigsten Steuern der Welt seien. Staatssteuern verschlingen weitere 3 1/2 Prozent des bäuerlichen Einkommens.

Wenn die Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Dorf schon sehr ungleich sind, so scheinen die sprachlichen Schranken fast unüberbrückbar. Ueber 845 Sprachen oder Dialekte werden in diesem Land gesprochen. 150 Millionen Menschen sprechen Hindi, Urdu oder Hindustan. Der am wenigsten gebrauchte ist der Stammesdialekt Blumji, welcher nur von einem verschwindend kleinen Teil des Volkes gesprochen wird. Gemäss der letzten Zählung (1961) sprechen 3 Millionen in 720 verschiedenen Dialekten.

Wir wählen 500 Loh Sabha-(Parlamentshaus-) Mitglieder. Die Hälfte von ihnen versteht kein Hindi oder Englisch - die Sprachen in denen die Verhandlungen geführt werden. Sie erhalten Uebersetzungen. Aber das sprachliche Problem ist nicht das einzige - mindestens 100 Mitglieder nehmen sich nicht die Mühe, wäh-